



Das Bündnis Pass(t) uns allen:

Wir sind ein bundesweites Bündnis aus rund 50 migrantischen und rassismuskritischen Organisationen, das sich für ein gerechtes Staatsbürgerschafts-, Einbürgerungs- und Wahlrecht einsetzt. Um das zu erreichen haben wir u.a. eine [Petition](#) gestartet und einen [Offenen Brief](#), der von über 100 Unterstützer*innen aus Wissenschaft, Kultur und Bildung gezeichnet wurde, an Regierung und Opposition verschickt.

Wir fordern:

- die Einführung eines uneingeschränkten ius soli, d.h. alle in Deutschland geborenen Kinder erhalten die deutsche Staatsangehörigkeit – unabhängig von der Staatsangehörigkeit und dem Aufenthaltsstatus der Eltern;
- die Möglichkeit, mehrfache Staatsangehörigkeiten zu besitzen;
- das Recht auf eine unbürokratische und kostenlose Einbürgerung für alle Menschen, die seit mindestens drei Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben;
- das aktive und passive Wahlrecht auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie für die Wahlen zum EU-Parlament für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt seit mindestens drei Jahren in Deutschland haben.

Pressekontakte:

With Wings and Roots e.V.:

Miman Jasarovski: E-mail: miman@withwingsandroots.com

Olga Gerstenberger: E-mail: olga@withwingsandroots.com

Siyawash Jekta: E-mail: siya@withwingsandroots.com

Bundes Roma Verband e.V.

E-mail: presse@bundesromaverband.de

DaMOst e.V.:

Ayman Qasarwa: E-mail: info@damost.de

ISD Bund e.V.

Tahir Della: E-mail: tahirdella@isdonline.de

Jugendliche ohne Grenzen

Mohammed Jouni: E-mail: M.jouni@yahoo.de

MigraNetz Thüringen e.V.

Elisa Calzolari: E-mail: elisa.calzolari@migranetz-thueringen.org

Migrationsrat Berlin

Magdalena Benavente: E-Mail: magdalena.benavente@migrationsrat.de

neue deutsche organisationen - das postmigrantische netzwerk e.V.

E-mail: medien@neue-deutsche-organisationen.de

Nicht ohne uns 14 Prozent

Sanaz Azimipour: E-mail: sanaz.azimipour@migloom.org

Netzwerk WIR WÄHLEN

Clemens Hauser: E-mail: kontakt@wir-waehlen.org

PRO ASYL

E-mail: presse@proasyl.de

Statefree

Christiana Bukalo: press@statefree.world

TBB

Ayşe Demir: ayse.demir@tbb-berlin.de

TGD

Kaan Bağcı: kaan.bagci@tgd.de

Statements aus dem Bündnis:

„Ich sage immer: Andere Leute haben eine Karriereleiter, und bei uns ist das wirklich ein bisschen so eine Aufenthaltsleiter. Man klettert da hoch, und dann gibt es die Duldung, dann gibt es Asyl, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis. Und irgendwann schafft man es da hoch.“ **Christiana Bukalo – Social Change Maker, Speakerin & Co-Gründerin, Statefree e.V.**

“Uns ging und geht es nicht darum, „integrierte“, gut ausgebildete, brauchbare Jugendliche zu werden, sondern darum, dass alle Menschen, die hier leben, ein Bleiberecht bekommen – egal, ob sie für diese kapitalistische Gesellschaft brauchbar oder ob sie alt oder krank sind oder kein Deutsch können, weil sie jahrelang in Lagern gelebt haben“. **Mohammed Jouni, Mit-Gründer von Jugendliche ohne Grenzen**

“Bis heute werden in Deutschland geborene junge Roma in die Länder abgeschoben, aus denen ihre Eltern geflohen sind. Sie werden zu Staatenlosen in Ländern, die sie gar nicht kennen und wo sie keine Zukunft haben. Dabei hat Deutschland eine historische Verpflichtung gegenüber Roma. Ein modernes Einbürgerungsrecht wäre ein Schritt in die richtige Richtung“. **Kenan Emini, Bundes Roma Verband**

Die von uns lange geforderte Reform zum Einbürgerungsrecht kommt endlich! Das Innenleben und die Identität von vielen Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland manifestieren sich zukünftig dann auch in Form von zwei realen Pässen. Dass für die

Generation der sogenannten Gastarbeiter*innen immer noch ein mündlicher Sprachnachweis vorgesehen ist, ist überflüssig. Es wäre ein gutes Zeichen gewesen, diesen Menschen, die Deutschland mit aufgebaut haben, die Staatsangehörigkeit noch einfacher zu ermöglichen. Außerdem haben wir zwar mit Kompromissen in der Reform gerechnet, aber einige Punkte könnten schwierig werden. Nach aktuellem Entwurf sind rassistisch und antisemitisch motivierte Handlungen bereits ein Ausschlusskriterium – Handlungen, nicht Straftaten! Damit bleibt offen, ob von der Meinungsfreiheit abgedeckte Meinungen oder die Teilnahme an Demos zukünftig zum K.O.-Kriterium werden könnten. Die Überprüfung darf nicht ausufern in einen allgemeinen Gesinnungstest.“ **Gökay Sofuoğlu, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland**

“Meinem Vater, der '68 als Gastarbeiter nach Deutschland kam und heute im Sterben liegt, oder meiner Mutter, welche schon verstorben ist, ist es egal, dass sie nun nur einen mündlichen statt einen schriftlichen Sprachtest machen müssen, um sich einbürgern zu lassen. Diese Änderung würdigt in keinsten Weise ihre Leistungen für dieses Land. Mein Vater hat zunächst jahrelang für die Düsseldorfer Stahlindustrie (Mannesmann, Thyssen) gearbeitet und reiste danach in ganz Deutschland auf Baustellen, um als Schweißer zu arbeiten. Da man ihm und seinen Kollegen nicht mal Schutzkleidung gab, hatten fast alle seine T-Shirts und Unterhemden Brandlöcher. Man könnte sagen, das ist meine früheste Erinnerung an ihn. Meine Mutter schrubhte sich als Reinigungskraft die Finger blutig. Am Ende hatten beide nicht mal die Rente gehabt, um sich den Lebensabend so zu gestalten, wie sie es gern gehabt hätten. In ihrer Heimat. So werden beide am Ende hier gestorben sein, und nur ihre Gebeine in ihrer Heimat ruhen. Eine echte Würdigung wäre gewesen, ihren Kindern und Enkelkindern und mittlerweile sogar Urenkeln, welche alle hier geboren und aufgewachsen sind, ohne Einbürgerungsprozess die deutsche Staatsbürgerschaft anzubieten. Oder wenigstens dafür zu sorgen, dass sie in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt nicht diskriminiert und benachteiligt werden. Hier von Würdigung zu sprechen ist eine Beleidigung.“ **Miman Jasarovski, Aktivist, im Vorstand von With Wings and Roots e.V., Mit-Initiator der Kampagne “Pass(t) uns allen”.**

“Statt kleinteilige Voraussetzungen für eine Einbürgerung einzuführen, die viele Menschen außer acht lassen und zu mehr Verwaltungsaufwand sowie höheren Wartezeiten führen, fordern wir aus positiven Beispielen, wie etwa der schnellen und unkomplizierten Einbürgerung von Millionen (Spät-)Aussiedler*innen, zu lernen und alle Einbürgerungshürden abzuschaffen. Aus eigener Erfahrung als sogenannte „Aussiedlerin“, die knapp ein Jahr nach ihrer Ankunft in Deutschland eingebürgert wurde, weiß ich, dass eine andere Einbürgerungspraxis möglich ist. Die Umsetzung unserer Forderungen ist überfällig. Seit Jahrzehnten kämpfen Migrant*innen und solidarische Menschen für die Gleichbehandlung aller, die in Deutschland leben. Es wird Zeit, dass sie endlich Realität wird.“ **Olga Gerstenberger, Geschäftsführung von With Wings and Roots e.V., Mit-Initiatorin der Kampagne “Pass(t) uns allen”**

“Ständig wird von der Integrationswilligkeit von hierher migrierten Menschen gesprochen, aber klare Signale von uns als Land kommen nicht. Erst durch demokratische Teilhabe, wie durch das uneingeschränkte Wahlrecht und Erhalt der Staatsbürgerschaft, können die Menschen hier ankommen und sich so willkommen fühlen, damit sie sich als Teil des Ganzen sehen. Ich war neun Monate alt, als wir nach Berlin kamen, doch mitwählen durfte ich erst mit 23 Jahren. Der Willkür bei der Einbürgerung durch Sachbearbeiter*innen muss ein

Riegel vorgeschoben werden durch gesetzlich verankerte Rechte". **Siaywash Jekta, Projektmanager, im Vorstand von With Wings and Roots e.V., Mit-Initiator der Kampagne "Pass(t) uns allen".**

"Eine zentrale Möglichkeit in einer Demokratie ist das aktive und passive Wahlrecht und das wiederum ist abhängig von der Staatsbürger:innenschaft. Demzufolge gilt es das Staatsbürgerschafts-, Einbürgerungsrecht den Anforderungen einer offenen Gesellschaft nach zu ändern". **Tahir Della - Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.**

"Unbürokratische, kostenlose Einbürgerung, die Anerkennung der Staatsbürgerschaft bei Geburt und das Wahlrecht ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind Ausdruck einer modernen Demokratie! Über Demokratie zu sprechen bedeutet, grundlegende Fragen und Prinzipien eines Rechtsstaats zu diskutieren. Insbesondere beinhaltet eine Demokratie die Garantie des Gleichheitsprinzips und den Schutz vor Diskriminierung. An der Gewährleistung dieser Prinzipien kann eine Demokratie gemessen werden. Die Staatsbürgerschaft sollte allen Menschen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund oder ihrer wirtschaftlichen Situation gleichermaßen offenstehen. Die Bedürfnisse von Menschen, die sich in einer besonderen Lebenslage befinden und ihren Lebensunterhalt nicht sichern können oder auf Sozialleistungen angewiesen sind, müssen berücksichtigt werden. Das Gegenteil davon wäre diskriminierend.

Magdalena Benavente – Migrationsrat Berlin e.V.

"Wahlrecht für alle. Demokratie ist das Herz unserer Gesellschaft". **Sanaz Azimipour, Aktivistin, Autorin und Mitgründerin der Kampagne »Nicht ohne Uns 14 Prozent«**

„Seit 25 Jahren sind Bürger*innen mit ausländischem Pass (EU) kommunal gleichberechtigte Wähler*innen und Stadträte. Die Zeit ist überreif für gleiche demokratische Rechte für Alle.“ **Elisa Calzolari, MigraNetz Thüringen & Netzwerk WIR WÄHLEN**

„Menschen ohne staatsbürgerliche Rechte leben im permanenten Ausnahmezustand. Sie werden durch den Staat zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Ohne grundlegende Rechte müssen viele Betroffene sich ein Leben lang gegen strukturellen und institutionellen Rassismus behaupten. Solange Deutschland insbesondere Migrant*innen und geflüchteten Menschen aus ehemals kolonialisierten Gesellschaften dauerhaft die Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht verweigert, ist diese Gesellschaft weder dekolonialisiert noch wirklich anti-rassistisch und demokratisch.“ **Dr. Kien Nghi Ha, Kulturwissenschaftler und Autor, Mitglied von koriantation - Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven e.V.**

„Vielen der heterogenen Migrationsbiographien und familiären Migrationsgeschichten ist eine Erfahrung gemein: Sich in einem neuen lokalen und sozialen Kontext zu verorten, neue Wurzeln und Anker zu finden und den Zugang zu voller Partizipation doch verwehrt zu bekommen. In unserer rechtsstaatlichen Demokratie hängt diese wesentlich von der Staatsangehörigkeit ab. Der deutsche Pass für all diejenigen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben und hier Steuern zahlen, ist nicht ein gönnerhaftes Zeichen von „Toleranz“ oder eine Würdigung von irgendwie gearteten Leistungen: Die deutsche Staatsangehörigkeit unter Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit wäre die folgerichtige Anerkennung der Realität einer vielfältigen Gesellschaft und als Zugang zu voller demokratischer Teilhabe der Mindestanspruch an ein Miteinander auf Augenhöhe. Daher begrüßen wir zwar die längst überfällige Reform des Staatsangehörigkeitsrechts als

einen ersten Schritt in die richtige Richtung, lehnen jedoch eine Einbürgerung abhängig vom Geldbeutel entschieden ab.“ **Ayşe Demir, Vorstandssprecherin Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg (TBB)**

“Die Kampagnen der CDU in den 2000er Jahren gegen die doppelte Staatsangehörigkeit waren für junge Menschen meiner Generation - der Nachkommen von Migrant*innen - eine Machtdemonstration, um das überkommene nationale „Wir“ künstlich am Leben zu halten und ohnehin stigmatisierte soziale Gruppen von der Einbürgerung auszuschließen. Diese rassistischen Kampagnen werden aktuell mit Äußerungen der CDU-Abgeordneten zu Loyalitätsfragen fortgesetzt. Dominante Wirklichkeitskonstruktionen schließen zahlreiche Lebensentwürfe und -wirklichkeiten aus, die nicht in binäre Kategorien von „wir“ und „ihr“ und die völkische Konstruktion von „deutsch“ passen. Da stellt sich doch die Frage: Wie kann eine Migrationsgesellschaft überhaupt anerkannt werden, ohne die doppelte beziehungsweise mehrfache Staatsangehörigkeit anzuerkennen?“ **Nursemin Sönmez, ndo-Projektleitung im Kompetenznetzwerk Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft**

"Im Rahmen der von der Ampelkoalition angekündigten Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sollten die Kategorien Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus als Diskriminierungsmerkmale ins AGG aufgenommen und gleichzeitig der Anwendungsbereich des AGG um staatliches Handeln erweitert werden. Auch wenn Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus in vielen Diskriminierungsfällen als Chiffre für "ethnische Herkunft" und "Rasse" stehen, gibt es auch Fallkonstellationen, bei denen eindeutig Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus geschieht. Dies ist nicht nur etwa der Fall beim Zugang zu Dienstleistungen, die in erster Linie vom AGG abgedeckt werden, sondern auch beim Kontakt mit staatlichen Institutionen und Behörden. Diese Schutzlücken müssen dringend im Rahmen der im Koalitionsvertrag angekündigten AGG-Reform geschlossen werden: Eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist nur dann umfassend wirksam, wenn gleichzeitig auch das Antidiskriminierungsrecht gestärkt wird. Der Deutsche Pass allein schützt nicht vor Diskriminierung." **Nadiye Ünsal, advd | Antidiskriminierungsverband Deutschland, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Weiterführende Informationen:

Webseite der Kampagne Pass(t) uns allen: <https://passtunsallen.de>

Referentenentwurf des

Bundesministeriums: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/referentenentwurfe/VII5/gesetz-zur-modernisierung-des-staatsangehoerigkeitsrechts.html;jsessionid=6D5CA891662293368943FD76E57C7117.2_cid322

Stellungnahme zum Referentenentwurf: <https://passtunsallen.de/stellungnahme-zum-referentinnen-entwurf-des-bundesministeriums-des-innern-und-fuer-heimat-zum-entwurf-eines-gesetzes-zur-modernisierung-des-staatsangehoerigkeitsrechts/>

Broschüre der neuen deutschen Organisationen: Staatsangehörigkeit reloaded. Kritische Perspektiven auf Staatsangehörigkeit in der postmigrantischen Gesellschaft. [https://neuedeutsche.org/fileadmin/user_upload/PDFs/Dossier Staatsangehoerigkeit 1 08 Doppelseiten.pdf](https://neuedeutsche.org/fileadmin/user_upload/PDFs/Dossier_Staatsangehoerigkeit_1_08_Doppelseiten.pdf)

Broschüre der neuen deutschen Organisationen: Teil Haben Teil Sein.

Diskriminierungskritische Perspektiven auf Teilhabe und Repräsentanz in der postmigrantischen Gesellschaft:

https://neuedeutsche.org/fileadmin/user_upload/PDFs/kn_Dossier_Teil_haben_Teil_sein.pdf

Thraenhardt, Dietrich (2022): Was sich bei Einbürgerungen ändern muss. Expertise für den Mediendienst Integration: [https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MEDIENDIENST_INTEGRATION Dietrich Thraenhardt Expertise Einbuengerungen.pdf](https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MEDIENDIENST_INTEGRATION_Dietrich_Thraenhardt_Expertise_Einbuengerungen.pdf)

Mediendienst Integration. Staatsangehörigkeit und Einbürgerung: <https://mediendienst-integration.de/migration/staatsbuergerschaft.html>

Mediendienst Integration. Wie weit ist der Weg zum deutschen Pass: <https://mediendienst-integration.de/artikel/wie-weit-ist-der-weg-zum-deutschen-pass.html>

Mediendienst Integration: Mehr Einbürgerungen, noch mehr Anträge <https://mediendienst-integration.de/artikel/mehr-einbuengerungen-noch-mehr-antraege.html>

Tabbara, Tarik (2023): Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss des Deutschen Bundestages für Inneres und Heimat zum Wahlrecht u.a zum Antrag der Abgeordneten Gökyay Akbulut, Clara Bünger, Susanne Hennig-Wellsow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE (Chance der Wahlrechtsänderung nutzen und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einführen, Bundestags-Drucksache 20/5356), Ausschussdrucksache 20(4)171 (D). Online: <https://www.bundestag.de/resource/blob/932792/0df3e745e8fe670980308269597b0ae0/20-4-171-D-data.pdf>

Handicap International e.V./NOW! Nicht Ohne das Wir: Offener Brief anlässlich der Neuregelung des Staatsangehörigengesetzes <https://www.hi-deutschland-projekte.de/crossroads/offener-brief/>

NOW! Nicht ohne das Wir: Positionspapier Niederlassungserlaubnis und Einbürgerung für Menschen mit Behinderung vereinfachen: https://www.hi-deutschland-projekte.de/crossroads/wp-content/uploads/sites/3/2023/01/positionspapier-niederlassung-und-einbuengerung_deutsch.pdf

Bündnis pass(t) uns allen:

Allerweltshaus Köln e.V.

Allmende e. V.

Amaro Drom e.V.

Antidiskriminierungsverband Deutschland

Bayerischer Flüchtlingsrat

BBZ – Beratungszentrum und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migrant*innen

Bundes Roma Verband e.V.

Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. (BVRE)

Bundesverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Coach e.V.

DaMOst e.V.

Deutsche Wohnen & Co. enteignen

FraTÖP e.V.

Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Flüchtlingsrat Brandenburg

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Flüchtlingsrat RLP e.V.

Hessischer Flüchtlingsrat
In-Haus e.V.
Initiative - Nicht ohne uns-14 Prozent
Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e.V. (ISD)
International Women Space (IWS)
Jugendliche ohne Grenzen
korientation. Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven e.V.
Lateinamerikanische Fraueninitiative in Neukölln e.V.
MigLoom e.V.
MigraFem Power & Voice e.V.
MigraNetz Thüringen e.V.
Migrationsrat Berlin e.V.
moveGLOBAL e.V.
Netzwerk WIR WÄHLEN
neue deutsche organisationen – das postmigrantische netzwerk e.V.
Pro Asyl e.V.
Refugees with Attitudes
Roma Antidiscrimination Network (RAN)
Roma Center e.V.
Roma-Trial e.V.
RomaniPhen e.V.
Romano Sumnal e.V.
Seebrücke
Statefree e.V.
TBB – Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Trixiwiz e.V.
Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.
Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V.
Türkische Gemeinde Hessen – TG-Hessen
With Wings and Roots e.V./FROM HERE
Women in Exile e.V.
Young Voice TGD e.V.